

## Meine Meinung

Sehr geehrte BfM-Mitglieder,  
sehr geehrte Mitbürger,

am vergangenen Mittwoch, dem 6. Juli, fand eine bemerkenswerte Ratssitzung statt. Es ging in der Hauptsache um „*Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr einschließlich Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2016 bis 2026*“. Dass ein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt werden musste, war echtes Neuland, aber nach jahrelanger Abwärtsentwicklung des Haushalts vorhersehbar, sozusagen ein Ereignis mit Ansage. Der Bürgermeister hatte eine solche Entwicklung vor Jahren als „Crash“ bezeichnet. In seiner Rede zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 2011 hatte er gesagt: *„Das würde zwangsläufig zum Crash führen. Die Zukunftsentwicklung unserer Stadt wäre in hohem Maße gefährdet. Und dies, liebe Ratskolleginnen und Kollegen, wollen wir auf jeden Fall verhindern, denn wir wollen unsere Zukunft weiterhin selbst gestalten.“*

Nun ist der Crash eingetreten. Das war in meinen Augen die erste Besonderheit, die die Sitzung von vergleichbaren Sitzungen früherer Jahre unterschied. Das nächste, was mir auffiel war, dass der Bürgermeister zunächst auf einen eigenen ausführlichen Wortbeitrag verzichtete; er beließ es bei wenigen einführenden Worten und übergab das Wort den Sprechern der Fraktionen, die in vorbereiteten Reden ihre Positionen vortrugen. Sein Kommentar folgte später.

Zunächst begann die **CDU**. Sie stellte die Dinge so dar, wie man es erwarten konnte: Meckenheim ist unverschuldet in die Haushaltssicherung gerutscht. Das Land hat der Stadt ungerechtfertigt zusätzliche Lasten auferlegt bei fehlenden Zuweisungen, die unerwarteten Kosten für Flüchtlinge, ein unerwarteter Einbruch der Gewerbesteuererinnahmen, die Kosten für die Weiterentwicklung der Stadt, die Steigerung der Attraktivität für junge Familien usw. Das war in etwa das, was der Bürgermeister vermutlich auch gesagt hätte.

Die **SPD** setzte die Vortragsreihe fort. Präzise legte die SPD Punkt für Punkt dar, was in Meckenheim aus ihrer Sicht falsch gelaufen war und was hätte gemacht werden müssen. Insbesondere kritisierte sie, dass es jahrelang versäumt worden war, Kennzahlen für kommunale Leistungen zu erarbeiten. Diese hätten es wesentlich erleichtert, kommunale Leistungen auf ihre Angemessenheit hin zu bewerten und so Sparpotentiale zu identifizieren. Das war eine aus meiner Sicht weitgehend zutreffende Kritik, die in der Zielrichtung früheren Vorstößen der BfM entsprach. Sie, und die Aussage, man lehne den Haushalt ab, wurde dann auch aus der BfM-Fraktion mit Beifall bedacht. Als es am Schluss der Haushaltsreden zur Abstimmung ging, war meine Verblüffung groß: Die SPD lehnte den Haushalt nicht ab, sondern enthielt sich lediglich der Stimme! Sie hatte – wie schon häufiger – den Mund gespitzt, aber nicht gepfiffen.

Die **FDP** verglich das Zahlenwerk mit einem „Blick in die Glaskugel“, vor der man in den letzten 10 Jahren gemeinsam mit der Kämmerin gesessen habe. Sie kritisierte die Landespolitik, weil sie die vom Bund bereitgestellten Mittel nicht vollständig an die Kommunen weitergegeben habe. Auch „die Fachleute der Kommunalaufsicht“, die „ja eigentlich noch besser in die Kristallkugel schauen“ können, hätten nichts zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für einen kommunalen Haushalt

beitragen. Die FDP stimmte dem Haushaltssicherungskonzept der Stadt Meckenheim bis 2026 zu, auch wenn man sich „Sorgen um den Realitätsanspruch der Zahlen“ mache. Würde er ablehnen, könne er sein *„Mandat ja gleich zurückgeben“*, meinte der FDP-Fraktionsvorsitzende. Dafür sei er nicht gewählt worden. Das ist in meinen Augen eine erstaunliche Aussage! Ein Blick in die Gemeindeordnung NRW zeigt, welche Rolle der Rat bei der Kontrolle der Verwaltung einnimmt (§ 51 GO NRW). Die Rolle des Ja-Sagers und bloßen Abnickers ist da nicht genannt.

BfM-Fraktionsvorsitzender Johannes Steger kommentierte: *„Schade, dass die Meckenheimer FDP nach dem Weggang ihres damaligen Vorsitzenden Joachim Russ ihre einstmals so geschätzte sachliche Streitkultur verloren hat“*.

Die **UWG** stellte dar, dass sie sich mit ihrem Abstimmungsverhalten schwer tat. Mit dem allergrößten Teil der vorgesehenen Maßnahmen wäre sie einverstanden, aber nicht mit den vorgesehenen Steuererhöhungen. Mit Kopfschmerzen stimmte sie zu.

Die Fraktion **Bündnis 90/Die Grünen** lehnte den Haushaltsentwurf ab. Sie vermisste u.a. genügende Schritte in die richtige Richtung und kritisierte die „ikarusgleiche“ Formel: Mehr Einwohner, mehr Gewerbe, mehr Einnahmen usw. Ihrer Ansicht nach hatte sich der Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung des Stadtrates nicht bewährt, weil der Informationsfluss ungenügend war, weil die Positionen einiger Fraktionen sowieso unveränderlich waren und weil es keinen Arbeitskreis braucht, *„der nur Vorschläge der Verwaltung abnickt“*.

Johannes Steger für die **BfM** zitierte aus den Haushaltsreden des Bürgermeisters von 2011 bis 2015, in denen dieser dargelegt hatte, warum die Haushaltssicherung unbedingt vermieden werden müsse., in denen er u.a. vor dem „Crash“ und der Bevormundung durch die Kommunalaufsicht warnte. Steger warf dem Bürgermeister einen kurzsichtigen Blick vor: Fahren mit „Standlicht“ statt mit „voller Beleuchtung“. Im Mittelpunkt seiner Rede stand der große Personalaufwuchs der Stadtverwaltung in den letzten Jahren. Er stellte Zahlen des statistischen Landesamtes vor, die besagten, dass Meckenheim eine überproportional große Stadtverwaltung hat. Steger erinnerte daran, immer wenn die BfM oder andere Fraktionen um Informationen, Zahlen, Daten und Fakten gebeten hätten, diese mit vielerlei Begründungen nicht geliefert worden wären. Damit fehlten die Grundlagen für Sparvorschläge. Diese Kritik entsprach weitgehend auch dem, was die SPD vorgebracht hatte. Den vollen Text der BfM-Haushaltsrede finden Sie auf dieser Homepage.

Die Abstimmung ergab dann eine Mehrheit für den Entwurf der Verwaltung mit den Stimmen der CDU, der UWG und der FDP, bei Ablehnung durch Bündnis 90/Die Grünen und BfM. Die SPD enthielt sich wie gesagt der Stimme.

Abschließend ergriff der Bürgermeister noch einmal das Wort. Zunächst bedankte er sich für die Beiträge. Dann griff er in massiver Form die BfM an. Insbesondere kritisierte er die Pressemitteilung 15-2016 mit dem Titel „Wieviel Personal braucht eine Stadtverwaltung?“. Bemerkenswert war, dass die Pressemitteilung zu diesem Zeitpunkt noch nirgendwo abgedruckt, sondern bis dahin nur auf unserer Homepage erschienen war. Es ist natürlich zu begrüßen, wenn der Bürgermeister unsere Homepage liest. Weniger zu begrüßen war, wie er darauf reagierte. Am Morgen hatte

er empört unseren Vorsitzenden Klaus-Jürgen Pusch angerufen und sich darüber beschwert.

Der Angriff in der Ratssitzung gegen die BfM (ohne deren Namen und den des Vorsitzenden *expressis verbis* zu nennen) gipfelte in der Behauptung, der Vorsitzende würde die Pressemitteilungen der BfM nicht kennen, was nicht gerade für eine gute Zusammenarbeit in der BfM spräche. Dabei hatte Klaus-Jürgen Pusch in dem morgendlichen Telefonat lediglich geäußert, er würde sich die Homepage und die Pressemitteilungen noch einmal durchlesen und natürlich alles von der Homepage entfernen lassen, was nicht korrekt sei.

So zeigte sich der Bürgermeister äußerst dünnhäutig und lies die Neutralität, mit der er Stadtratssitzungen zu leiten hat, vermissen. Warum er so empört war, ist mir unverständlich. Die in der Pressemitteilung veröffentlichte Kritik an der jahrelangen Stellenvermehrung in der Stadtverwaltung und der Vergleich mit anderen Städten sind vergleichbar mit alltäglichen Vorgängen auf allen politischen Ebenen. Die BfM hat durch eine Landesbehörde neutral ermittelte Zahlen veröffentlicht, und zu Konsequenzen aufgefordert. Im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft ist das ein absolut normaler Vorgang. Überall gibt es Stellenstreichungen, Umgliederungen, Fusionen, Verkäufe, Outsourcing, Auflösungen usw. Überall herrscht die Notwendigkeit, sich neuen Entwicklungen anzupassen. Jeder Behördenleiter muss sich solchen Fragen stellen. Entsprechende Vorschläge sind Sachbeiträge und nicht Majestätsbeleidigung.

Hierzu sagt der BfM-Fraktionsvorsitzende Johannes Steger: *„Die BfM hält an ihrer Meinungsfreiheit fest und lässt sich ihre Meinungsäußerungen weder verbieten noch zensurieren! Wenn der Bürgermeister das nicht endlich begreift, sollte er sein Amtsverständnis überdenken.“*

Für die Damen und Herren der Stadtverwaltung sei gesagt: Die BfM weiß genau wie alle Bürger die Arbeit der Stadtverwaltung zu schätzen. Niemand will den Angehörigen ans Leder. Bei den Vorstößen der BfM dreht es sich hier nicht um Personen und Kündigungen, also Personalmaßnahmen, sondern um Anpassung der Organisation der Stadtverwaltung bis 2023. Dazu sollten die durch normale Zurruesetzung frei werdenden Stellen genutzt werden.

Auf diesen Gedanken ist nicht nur die BfM gekommen. Die CDU hat in ihrer jüngsten Haushaltsklausur ähnliche Gedanken entwickelt. Fraktionsvorsitzender Hans-Joachim Kühlwetter wird im Generalanzeiger am 16. Juni zitiert: *„Einsparpotentiale sieht er beim „großen Haushaltsposten Personal“.* Dass die Verwaltung bereits ihre Hausaufgaben gemacht und den Stellenplan angepasst habe, wie Kühlwetter dann sagt, wurde bisher von der BfM nicht beobachtet. Aber immerhin hat er die Einsparpotentiale schon mal angesprochen. Einige Tage später – am 27. Juni - wird er im Generalanzeiger erneut zu diesem Thema zitiert: *„Einsparpotential gleich Fehlanzeige“.* Er beklagt die hohe Zahl der aufgelaufenen Überstunden.

Das scheint mir doch ein völliger Meinungsumschwung zu sein. Darf man vermuten, dass der Bürgermeister ihn in der Zwischenzeit „zur Ordnung“ gerufen hat? Mein Verständnis vom demokratischen System ist jedenfalls so: Wenn schon jemand zur Ordnung ruft, dann der Stadtrat den Bürgermeister und nicht etwa

umgekehrt. Aber solange die „Bürgermeisterpartei“, wie sich die CDU gelegentlich nennt, sich als verlängerter Arm des Bürgermeisters versteht, wird alles bleiben wie es ist.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Joachim Behne'. The script is cursive and fluid.

(Joachim Behne)

Pressesprecher der BfM

Juli 2016